

**Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD****Unterstützungsangebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche**

Kinder und Jugendliche, die mit ihren Eltern, Familien oder auch allein geflohen sind, haben Schlimmes, wenn nicht sogar Traumatisierendes im Heimatland oder auf der Flucht erlebt. Sie wurden aus ihrem vertrauten Umfeld herausgerissen, haben lebensbedrohliche Situationen erlebt, sind mit Krieg, Gewalt und Tod konfrontiert worden. Eindrücke, die sie vermutlich ihr ganzes Leben begleiten werden.

Das Ankommen in Sicherheit und die Unterbringung in Übergangswohnheimen oder in Wohnungen ist ein erster Schritt zur Stabilisierung ihrer Lebenssituation. So rasch wie möglich benötigen die Minderjährigen aber eine Wohnform, die es ihnen erlaubt, sich zu Hause zu fühlen und dort „anzukommen“. Angebote durch Haupt- und Ehrenamtliche helfen ihnen, sich im neuen Alltag und in der neu zu erlernenden Sprache zurechtzufinden. Der Einstieg in die Kindertagesstätte (Kita) oder Schule stellt die Weichen für einen möglichst guten Integrationsverlauf.

Dennoch kann es vorkommen, dass Mädchen und Jungen im Alltag nicht zurechtkommen und ihnen keine ausreichenden Fähigkeiten zur Bewältigung ihrer neuen Situation zur Verfügung stehen. Traumata können ein Grund dafür sein. Oftmals kann über das Erlebte nicht gesprochen werden, jedoch mittels Kreativität oder Spiel zum Ausdruck gebracht werden.

Ebenso kann sich die tagtägliche Sorge, wie es Verwandten und Freunden im Heimatland oder auf der Flucht ergeht, stark auf die seelische Gesundheit der Heranwachsenden auswirken.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich Kitas, Schulen, Freizeiteinrichtungen etc. im Land Bremen der Herausforderung stellen, auf die besonderen Belange der Geflüchteten einzugehen, welche Maßnahmen zugunsten der seelischen Gesundheit ergriffen werden können und welche professionellen Unterstützungsangebote bestehen, um geflüchtete Mädchen und Jungen angemessen und individuell, passgenau unterstützen und begleiten zu können.

Wir fragen den Senat:

1. An welche Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven können sich Lehrkräfte, Pädagoginnen und Pädagogen und Ehrenamtliche wenden, um Hilfestellungen im Umgang mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen zu erhalten (bitte aufschlüsseln nach pädagogischen, sozialpädagogischen, psychotherapeutischen und psychiatrischen Unterstützungsangeboten)?
2. Welche Unterstützungsangebote halten darüber hinaus die Jugendämter in Bremen und Bremerhaven für geflüchtete Mädchen und Jungen vor (bitte aufführen, welche Angebote sich gezielt an weibliche oder männliche geflüchtete Kinder richten und welche für beide Geschlechter gemeinsam angeboten werden)?
  - a) Unter welchen Voraussetzungen können diese in Anspruch genommen werden?
  - b) Wie häufig wurden unterstützende Angebote von 2014 bis heute in Anspruch genommen, und wie bewertet der Senat die Wirksamkeit der Angebote?

3. Welchen Bedarf an unterstützenden pädagogischen und sozialpädagogischen Angeboten für geflüchtete Kinder und Jugendliche in Kitas, Schulen und den Quartieren sieht der Senat für die kommenden Jahre, um die seelische Gesundheit der Heranwachsenden zu fördern?
4. Welchen zusätzlichen Bedarf an psychotherapeutischen und psychiatrischen Angeboten für geflüchtete Kinder und Jugendliche sieht der Senat?
5. Welche Angebote sollen nach Auffassung des Senats durch das Regelsystem erbracht und gegebenenfalls ausgeweitet werden?
6. Wie wird eine enge Verzahnung und Zusammenarbeit zwischen den Angeboten im Regelsystem und zusätzlichen Angeboten sichergestellt?
7. Welche Leistungen werden gegenwärtig von den Krankenkassen übernommen? Welche Möglichkeiten sieht der Senat darüber hinaus, die Krankenkassen für die Entwicklung neuer Angebote zu gewinnen?
8. Welche Rolle kommt der medizinischen Erstuntersuchung von Geflüchteten im Hinblick auf das frühzeitige Erkennen seelischer Belastungen und dem daraus folgenden Hilfebedarf bzw. der besonderen Schutzbedürftigkeit zu? Welche weiteren Schritte, wie z. B. spezielle kinder- und jugendpsychiatrische Untersuchungen, folgen bei Bedarf auf die Erstuntersuchung?
9. Wie wird gegenwärtig mit Sprachbarrieren und kulturellen Unterschieden in Beratungsgesprächen umgegangen? Welche Optionen bestehen, um die Kommunikation sowohl mit den geflüchteten Kindern als auch mit deren Eltern innerhalb von Unterstützungsangeboten zu gewährleisten?
10. Welche Rolle misst der Senat Dolmetscherangeboten zu? Inwieweit kann für qualitativ hochwertige und sensible Übersetzung gesorgt werden, um insbesondere die therapeutische Arbeit zu ermöglichen? Reichen die aktuellen spezialisierten Dolmetscherangebote aus?
11. Welche Bedeutung misst der Senat mehrsprachigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Pädagoginnen und Pädagogen wie auch Therapeutinnen und Therapeuten zu, und welche Maßnahmen können ergriffen werden, um zukünftig verstärkt mehrsprachige Fachkräfte zu gewinnen und auszubilden?
12. Nach welchen Kriterien werden derzeit im Ausland erworbene therapeutische Qualifikationen anerkannt? Sind diese Anerkennungsverfahren von im Ausland erworbenen therapeutischen Qualifikationen aus Sicht des Senats zu verbessern, gegebenenfalls zu beschleunigen? Welcher Angebote zur Nachqualifikation bedarf es, um die Anerkennung von Berufen zu vervollständigen? Werden die Möglichkeiten ausgeschöpft, die der seit Januar 2016 bestehende „partielle Berufszugang“ eröffnet?
13. Welche Fort- und Weiterbildungsangebote für Haupt- und Ehrenamtliche zum Umgang mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen bestehen derzeit in Bremen und Bremerhaven, von wem werden sie angeboten, und wie bewertet der Senat den Bedarf für die kommenden Jahre?
14. Wie bewertet der Senat Gruppentherapieangebote, die sich an eine Zielgruppe gleichen Alters, gleichen kulturellen Hintergrunds oder gleicher Problemlagen richten? Bestehen in Bremen und Bremerhaven bereits Gruppentherapieangebote, wenn nein, wird an der Einführung gearbeitet?
15. Welche Strategien, Maßnahmen oder Projekte anderer Bundesländer sind dem Senat bekannt, die sich die Förderung der seelischen Gesundheit minderjähriger Geflüchteter zur Aufgabe machen, und wie bewertet der Senat die Übertragbarkeit auf das Land Bremen?

Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Sülmez Dogan,  
 Kebire Yildiz, Dr. Matthias Güldner,  
 Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Klaus Möhle,  
 Björn Tschöpe und Fraktion der SPD